

Arbeitstreffen Recht

Termin: 17.03.2009 Beginn um 9.30

Ort: Burg Nideggen, Kirchgasse 10, 52385 Nideggen

1. Umsatzsteuerpflicht für die Abwasserentsorgung

- Beschwerde des BDEW bei der EU Kommission wegen „steuerlicher Ungleichbehandlung“ von privaten und öffentlich-rechtlichen Unternehmen im Abwasserbereich
- Antwort der Kommission auf die Anfrage über die Bedeutung des Urteil des EuGH vom 16.09.08 (C-288/07) zur Mehrwertsteuerpflicht für öffentliche Parkeinrichtungen
- Veröffentlichung Prof. Dr. Fehrenbacher in der ZfW - zu Art. 13 Mehrwertsteuersystem-Richtlinie (2006/112/EG)
- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG in Bezug auf ermäßigte Mehrwertsteuersätze – Aufnahme der Abwasserentsorgung in Anhang III

2. Ausschreibungspflicht für Inhouse-Geschäfte von interkommunalen Kooperationen

- Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts – hier insbesondere: Ausnahme interkommunaler Kooperationen vom Vergaberecht
- Urteil des EuGH „Coditel“ vom 13.11.08 (C-324/07) – zu den „Teckal“-Kriterien von vergaberechtsfreien Inhouse-Beauftragungen im Rahmen von interkommunalen Kooperationen

3. Abwasserabgabe

- Folgen des Bürokratieabbaugesetz: Umgang mit offenkundig fehlerhaften Festsetzungsbescheiden nach Wegfall des Widerspruchsverfahrens, fehlende Anhörungsverfahren
- Folgen der Verrechnung nach § 10 Abs. 3 oder 4 AbwAG – Möglichkeiten der Umlage auf die Verbandsbeitragszahler

- Einhaltung der SüwV Kan als Voraussetzung für die Befreiung von der Niederschlagswasserabgabe – Urteil des OVG NRW vom 11.12.08 (Az.: 9 A 495/06) – Stichwort „Drosselkalibrierung“

4. Sonstiges

- Umfang der Gebührenbefreiung der Verbände (GEZ, Gerichtsgebühren, Maut, Verwaltungsgebühren für verkehrsrechtliche Anordnungen aufgrund einer Bundesgebühr usw.) – zu TOP 4.5 der letzten Sitzung
- EU Richtlinie 2008/105/EG über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik – „prioritäre Stoffe“
- „De minimis“ – Beihilfen
- verkehrsrechtliche Absicherung bei der Wahrnehmung von Verbandsaufgaben: Reichweite der Sonderrechte des § 35 Abs. 6 StVO und Anzeigepflicht nach § 45 Abs. 6 StVO

Kaffeepause gegen 11.15 Uhr

danach mit Beteiligung des Gastes, Herrn Prof. Dr. Dr. Durner

5. Nach dem Scheitern des Umweltgesetzbuches

- Entwurf für eine Novelle des WHG und des NaturschutzG

6. Hochwasserschutz - zu TOP 2.2 und 3 der letzten Sitzung

- Schutzniveau-Abfrage: Welche Maßstäbe (bei der HQ-Bemessung) legen die Verbände an?
- Richtlinie 2007/60/EG vom 23.07.07 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken, Umsetzungsfrist bis 26.11.09

7. Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: Ökologische Maßnahmen der Gewässerbewirtschaftung

- Durchsetzbarkeit von Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm nach der EG-WRRL sowie den Planinstrumentarien der EG-Hochwasserrichtlinie
- Umlagefähigkeit der Kosten für ökologische Maßnahmen der Gewässerbewirtschaftung über Verbandsbeiträge und Gebühren (Vorteilsmaßstab und Konnexitätsprinzip); u.a.: Rechtliche Grenzen einer Heranziehung der Beitragsgruppe der Abwassereinleiter.

